

Aus Kantonen und Sektionen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **65 (1978)**

Heft 14-15

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

fehlt es nicht, denn wir erleben täglich gemeinsam den bildungspolitischen «Ernstfall».

Dr. Iwan Rickenbacher
in: gymnasium helveticum 4/78

Jahrestagung und Mitgliederversammlung der KAGEB

Ziel, Aufgabe und Struktur der kirchlichen Erwachsenenbildung in der Schweiz standen im Mittelpunkt der Jahrestagung der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein (KAGEB), die am 17. Juni 1978 in Reussbühl LU stattfand. Die 35 Vertreter verschiedener Organisationen und Stellen erteilten der Arbeitsstelle für Bildungsfragen, die als Stabsstelle der katholischen Kirche der Schweiz für Schule und Erwachsenenbildung fungiert, eine Reihe von Aufträgen, damit die kirchliche Erwachsenenbildung den in den letzten Jahren stark veränderten Verhältnissen angepasst werden kann. Josef Siegen, Zug, wurde zum neuen Präsidenten der Dachorganisation KAGEB gewählt. Er löst den Gründerpräsidenten, Anton Vonwyl, Littau, ab, der 15 Jahre an der Spitze stand. Die beiden Freiburger Bildungszentren von Burgbühl und Villars-sur-Glâne wurden als neue Mitglieder in die KAGEB aufgenommen.

Mehr Bundeskompetenzen im deutschen Schulwesen?

Die Bundesregierung möchte gegenüber den Bundesländern mehr Kompetenzen im Schul- und Ausbildungswesen erhalten. In seinem Beschluss zum «Bericht über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems», einprägsamer auch «Mängelbericht» genannt, fordert das Kabinett die Gesetzeszuständigkeit für den Bund für die Regelung der allgemeinen Bildungspflicht (zum Beispiel auch für das umstrittene zehnte Schuljahr), für die Regelung der Übergänge und Abschlüsse im Bildungswesen und für die berufliche Bildung in Berufsschule und Betrieb.

Bildungsminister Schmude erklärte dazu ausdrücklich, die Regierung habe dabei nicht die Illusion, die für die entsprechende Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelsmehrheit im Bundestag und im Bundesrat kurzfristig zu erhalten. Das Kabinett betont jedoch, dass auch die Bundesländer, die zum Bericht Stellung genommen haben, ein stärkeres Mass an Einheitlichkeit in den erwähnten Problembereichen (insbesondere der Übergänge auf andere Stufen und der Abschlüsse) als wünschbar bezeichnet haben und dass die bisherige (freiwillige) Vereinbarungspraxis der Bundesländer nicht zur wünschbaren Vereinheitlichung geführt habe. Unter Berufung auf die Zuständigkeit des Bundes für das Dienstrecht (öffentlicher Dienst) will die Regierung nach Ver-

handlungen mit den Ländern zudem ein Gesetz zur einheitlichen Lehrerausbildung vorlegen.

Aus Kantonen und Sektionen

Luzern:

Schrittweiser Aufbau der Oberstufenzentren

M.M. Die Innere Reform, und damit die Qualitätsverbesserung, hat beim Aufbau der Oberstufe der Volksschulen, der Orientierungsstufe, im Kanton Luzern Priorität. Wie der Regierungsrat in seinem soeben vorgelegten Bericht über den Stand der Reform der Volksschuloberstufe weiter ausführt, kommt dabei der Ausbildung und Fortbildung der Lehrerschaft zentrale Bedeutung zu. Eher gedrosselt wird dagegen die «äussere Reform», nämlich die Bildung von Oberstufenzentren, vorangetrieben.

Am 22. April 1974 nahm der Grosse Rat zustimmend Kenntnis vom Bericht des Regierungsrates über die «Reform der Oberstufe und die Neugestaltung der Schulkreise». Diesem positiven Beschluss waren heftige politische Auseinandersetzungen vorausgegangen. Grund dafür war zur Hauptsache die der Reform der Oberstufe zugrundeliegende Konzentration der bisherigen Oberschulen und Sekundarschulen in regionalen Oberstufen-Zentren. Begründet wurde diese Konzentration damit, dass die Oberstufenschulen eine gewisse Grösse aufweisen sollten, um ein grösseres Fächerangebot zu ermöglichen bei möglichst individueller Berücksichtigung der Fähigkeiten der Schüler. Die Notwendigkeit der Konzentration auf Schwerpunktschulen war demnach eine unmittelbare Folge des wesentlicheren Postulates einer Qualitätsverbesserung des schulischen Angebotes und der Chancengleichheit für möglichst alle Schüler des Kantons, namentlich auch der ländlichen Regionen.

Leitideen überprüft

Zur Orientierungsstufe gehören die bisherigen Schultypen Hilfsschule, Oberschule, Sekundarschule und Untergymnasium im 7. bis 9. Schuljahr, wobei sich die Zusammenarbeit mit den Untergymnasien am verhaltensten anlässt und sich vorläufig im wesentlichen auf eine Erleichterung der gegenseitigen Übertritte beschränkt. Wie im Bericht festgehalten wird, sind die Leitideen dauernd zu überprüfen. Nach «derzeitigem Stand» wird die Hauptidee umschrieben mit der Vermittlung von einem «gemeinsamen Kern an Kenntnissen, Fertigkeiten und Bildung». Zu diesem Zweck wird für die Schultypen der Oberstufe und für das Untergymnasium ein gemeinsamer Rahmenlehr-

plan geschaffen sowie eine gegenseitige Abstimmung der Lehrmittel angestrebt. Besonders betont werden in den Leitideen: «gleichwertiges Bildungsangebot» für alle Schüler, unabhängig von Wohnort und sozialer Herkunft, Durchlässigkeit der einzelnen Schultypen, Zusammenfassung in Zentren «weil nur ein Schulzentrum die zahlenmässig erforderliche Schülerbasis für einen differenzierten Unterricht bieten kann», weiter wird betont die Gemeinschaftserziehung, Förderung der Schüler nach Begabung, Neigung sowie Leistungsfähigkeit mittels Wahl- und Freifächern und Unterrichtsdifferenzierung, sodann die Berufsvorbereitung, Auseinandersetzung mit den Problemen der Arbeitswelt, Lebens- und Sozialkunde.

Leitung und Koordination dieser Reformarbeiten liegen bei der «pädagogischen Stabsstelle», dem Zentralschweizerischen Beratungsdienst, der unter der Führung von Dr. Anton Strittmatter von den Kantonen Luzern, Zug, Schwyz, Uri, Ob- und Nidwalden sowie dem Wallis gemeinsam unterhalten wird.

Gezielte Ausbildung der Lehrerschaft

«Der einzige Weg zu erreichen, dass die Reform der Oberstufe nicht nur Theorie bleibt, sondern in den Schulalltag ausstrahlt, führt über die Lehrerbildung», heisst es in der Umschreibung der anstehenden Probleme bei der «inneren Reform». Auf lange Sicht sei die Schaffung einer eigenen innerschweizerischen Ausbildungsstätte für Lehrer der Orientierungsstufe unumgänglich, weil die Zentralschweiz die einzige Region des Landes sei, «die darauf angewiesen ist, ihre Oberstufenlehrer von Ausbildungsinstitutionen ausserhalb der Region zu beziehen». Vorläufig hat man sich mit verschiedenen Provisorien und kurzfristigen Übergangslösungen auf kantonaler und innerschweizerischer Ebene beholfen, wie berufsbegleitender, zweijähriger Ausbildungskurs für Hilfsschuloberstufenlehrer, berufsbegleitender, vier Jahre dauernder Ausbildungsgang für Oberschullehrer (Reallehrer), zwölfwöchiger Berufseinführungskurs für Sekundarlehrer und verschiedene Bildungsmöglichkeiten der Lehrerfortbildung.

Zum Aufbau der «innerschulischen Struktur» stellt der Bericht fest, dass bis 1985 etwa 80 Prozent aller Oberstufenschüler ihre drei letzten Schuljahre in einem Oberstufenzentrum absolvieren können. Besondere Formen sind dabei Niveauekurse für Fremdsprachen, Leistungsdifferenzierungen in Mathematik und Deutsch, Wahlpflichtfächer, Freifächer, Stütz- und Förderkurse. Solche Formen bedingen zwangsläufig Parallelführung der Klassen, eine Voraussetzung, die nicht an allen Oberstufenschulorten gegeben ist.

Ein weiterer, wesentlicher Punkt der «inneren Reform» bilden die Lehrpläne. Neu gestaltet wurde im Hinblick auf die obligatorische Einführung

des 9. Schuljahres der Lehrplan der Oberschulen, dessen wesentliche Neuerungen sind: die Erfassung aller drei Oberschuljahre, die gleiche Stundendotation für Knaben und Mädchen, der Einbezug von Lebenskunde und Berufswahlorientierung, die Einführung von Freifächern in den 3. Oberschulklassen.

Oberstufen-Schulkreise

Der Bericht gibt sodann einen Überblick über den Stand der Neuumschreibung der Oberstufen-Schulkreise. Ein Oberstufenzentrum vom Typ A, das mindestens 20 Klassen der Werkschule, der Realschule, der Sekundarschule und des Untergymnasiums erfasst, konnte bisher nicht realisiert werden, «weil die Zusammenarbeit der Volksschuloberstufe mit dem Untergymnasium erst im Aufbau begriffen ist».

Oberstufenzentren des Typs B (gleich wie A, ohne Untergymnasium) bestehen oder werden realisiert in Ebikon, Emmen, Hochdorf, Horw, Kriens, Littau, Luzern, Sursee und Willisau. Ein Oberstufenzentrum vom Typ C umfasst mindestens neun Klassen der Realschule und der Sekundarschule. Solche bestehen oder werden zurzeit verwirklicht in Adligenswil, Malters, Meggen, Root und Weggis (Amt Luzern), in Eschenbach, Hitzkirch und Rothenburg (Amt Hochdorf), in Beromünster, Buttisholz, Grosswangen, Neuenkirch, Ruswil, Sempach, Triengen und Wolhusen (Amt Sursee), in Dagmersellen, Nebikon, Pfaffnau, Reiden, Schötz und Zell (Amt Willisau) und in Entlebuch, Escholzmatt und Schüpfheim (Amt Entlebuch). Der Bericht befasst sich dann eingehend mit den Schwierigkeiten und Einwänden gegen eine weitere Regionalisierung. Dabei wird auch erwähnt, dass die Tatsache, dass die «innere Reform» (qualitative Verbesserung) noch nicht abgeschlossen ist, den Vollzug der Regionalisierung nicht zwingend macht, dass diese aber bis «anfangs der achtziger Jahre so weit fortgeschritten und entwickelt ist, dass sie selber Argumente in genügender Zahl und Kraft für die Bildung von gut ausgebauten Oberstufenzentren liefert».

(«Vaterland» Nr. 148 vom 29. 6. 78)

Mitteilungen

Chromosomen statt Hormone

In Nr. 11 der «schweizer schule» ist uns ein bedauerlicher Druckfehler unterlaufen: In der 7. untersten Zeile der rechten Spalte auf Seite 398 sollte es heissen Geschlechts**chromosomen** und nicht Geschlechtshormone.